

Protokoll

Runder Tisch gegen Erwerbslosigkeit und soziale Ausgrenzung

am 15.12.2012 von 11:00 -16:00 Uhr in Köln bei „Arbeiterfotografie - Forum für Engagierte Fotografie“ www.arbeiterfotografie.com

Anwesend: Berlin, Frankfurt, Freiburg, Offenbach;

Entschuldigt: Dortmund, Kassel, Lüneburg, Köln (Gespräch), Mannheim, Offenburg

Tagesordnung

1. Vorhaben für das Jahr 2013

- Euthanasie-AK Freiburg, 31.8.2012, Gedenkveranstaltung T4 (Freiburg schickt Kopien der Tagung)
- 25.-17.1.2013 BAG PLESA in Hannover
- Termin Aktionskonferenz bei Tacheles 2. Februar 2013 (Schlecker-Frauen-Kampagne)
- Mai 2013 attac-Kongress Umverteilung – Aktionstag – Wollen wir da als Runder Tisch ESA was mitgestalten? Anregung Freiburg
- 20.-22.09.2013 Forum Sozialpolitik Berlin
- Papier „Zwangsarbeit in Europa – Ungarn – Holland“ (Freiburg schickt Text per E-Mail)
- Petition Beratungs- und Prozesskostenhilfe (Freiburg schickt Pfad per E-Mail)
- Petition Menschen, die unter § 175 StGB seit 1933 rehabilitieren. Wir haben an der Unterschriftensammlung teilgenommen.

2. Ergebnis des Weltkongresses zum BGE für die Weiterarbeit am Existenzgeld

- unterschiedliche Einschätzungen der Sinnhaftigkeit des Workshops und Vorschlag, die immerhin vorbereitete Präsentation an einem anderen Ort noch einmal durchzuführen
- Beitrag vom WS u.a. zum Existenzgeld auf Youtube
- Abkopplung der Künstler als Vorprogramm, wo noch niemand da war,
- schade, dass weiter keine Erwerbslosengruppen da waren, auch nicht aus Österreich, der Schweiz, Spanien
- E. Voß Tochter würde Bücher von BALADRE übersetzen
- Frankfurt berichtet über Ansprache von jungen Leuten aus Aschaffenburg, die das Existenzgeld neu entdecken. Sie wollen ein Buch schreiben, wie andere Gruppierungen die Forderung zum Existenzgeld heute sehen. Hauptsächlich soll eine Debatte in der undogmatischen, antiparlamentarischen Linken gefördert werden. H. trug Buchkonzeption vor. Außerdem schlug er vor, am Runden Tisch neuere Debatten in der Grundeinkommensdiskussion aufzunehmen und z. B. das Für und Wieder von einem BGE für Ältere oder Kinder zu erörtern bzw. andere Vorschläge eines Weges zum Grundeinkommen.
- einer scheinweisen Einführung eines Existenzgeldes stimmen wir nicht zu
- Ausstrahlung der BGE Idee, aber momentan in der BAG PLESA schwer, da es bei neuen Leuten immer wieder neu definiert werden muss
- Idee muss in die Köpfe, Hände und Beine der Leute dringen
- „Arbeit“ in dieser Zeit als Erwerbsarbeit unter Arbeitszeitflexibilisierung muss ganz neu diskutiert werden. Die Tatsache, dass die Leute „hinter dem beschissensten Job wie die Mickimäuse her sind!“ (Freiburg) - hat enorme Auswirkungen auf das soziale Miteinander, Familien, Freundschaften, Beziehungen, politische Arbeit und Organisation, auf die gemeinsame Definition politischer Forderungen sowie der Organisation politischer Aktionen: Das sehen wir besonders bei jungen Leuten
- Es gibt in O-bach z.B. nur kleinsten gemeinsamen Nenner „Regelsatz muss ausbezahlt werden und jede Wohnung muss bezahlt werden.“

- Die Arbeitsbedingungen machen die Leute kaputt – enorme Mobilitätsanforderungen, Einkommen kurz über letztem Alg 1, gleichzeitig erhöhen sich die Lebenshaltungskosten
- FFM sieht zeitlich gesehen drei Phasen der Verbreitung des Existenzgeldes: 1. in den Achtziger/Neunziger Jahren bei den Elogruppen, 2. in den Neunziger Jahren im Netzwerk GE, 3. aktuell in den sozialen Bewegungen, insbesondere im außerparlamentarischen Widerstand und in sozialen Initiativen, wie „Recht auf Stadt“.

3. Wie weit ist das Buch zu "1981 - 2012 - 30 Jahre Erwerbslosenproteste" gediehen?

- FFM trägt Konzeption vor. Es fehlen derzeit noch 3 Artikel. Schade, dass einige Leute (aus Berlin, Köln) nicht mitgeschrieben haben. Buch soll 2013 herauskommen. FFM berichtet von Schwierigkeiten mit der St M-A, die s.E. die Anforderungen für Förderungen von Büchern ziemlich erhöht haben.

4. Ergebnis der Kuratoriumswahlen von Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt

5. Wie wollen wir unsere Veranstaltungen zur Kampagne "Für ein Gutes Leben" weiterführen/ darüber publizieren?

Berlin berichtet über Zukunftswerkstatt in Uelzen und die Absicht von zwei weiteren Werkstätten im Februar. Die Weiterarbeit in FFM stellt sich schwieriger vor als gedacht, weil derzeitige Sozialbündnisse sehr aktivistisch orientiert sind. Aber bei „Kein Mensch ist illegal“ ist es Thema. In Freiburg gab es zwei Versuche, das Thema einzubringen, im Bündnis „Recht auf Stadt“ und in der KTS. Offenbach wird eine weitere Veranstaltung machen. Berlin will für weitere 4 Veranstaltungen Förderungen besorgen.

- FFM stellt Werbeprojekt zum „Guten Leben“ des AG SPAK-Verlages, im Zusammenhang mit anderen Verlagen, wie z.B. Assoziation A, Schmetterling, Unrast. Dabei soll es ein gemeinsames Werbeinfo geben und gemeinsame Lesungen von AutorInnen, die in das Konzept „Gutes Leben“ passen.

Überlegung, wie wir mit den Ergebnissen umgehen. Vorstellbares Vorgehen:

- Berlin berichtet von Anfrage des express und schlägt vor, die Ergebnisse stadtübergreifend als thematische Diskussionsbeiträge zu veröffentlichen.
- Voraussetzung ist die Information, wer welche Themen bearbeitet hat und wer welchen der thematischen Beiträge vorbereiten würde (Berlin, FFM, O-bach)
- Je nachdem wir das klappt, reden wir über ein Buch in anderer Form.

6. Die Ausstellung „Der unsichtbare Fotograf“

Sie zeigt neben erwerbslosen Menschen auch sehr viel von der damaligen Arbeiterkultur, von Arbeitersportbünden und gemeinsamer Freizeitgestaltung wie Ausflügen, Gestaltung von Angeboten für Kinder und die Situation von Menschen mit Behinderungen.

7. Entwicklungen gibt es zum Wohnen in Hartz IV und Recht auf Stadt in den einzelnen Städten. Haben wir eine gemeinsame Position?

Wahrnehmbar ist, dass in vielen Städten die Auslegungen der Wohnregelungen in den §§ 22a-c SGB II nicht rechtskonform und in allen Fällen zu Lasten der Alg-II-Berechtigten vorgenommen wurden.

Ausdruck dafür sind fehlerhaft ermittelte, viel zu geringe Mietobergrenzen wie z. B. Offenbach, wo die Stadt sich auf einen einfachen Mietspiegel stützt und unter „einfache Standards“ nur „Substandardwohnungen“ versteht. In Berlin werden nur Mittelwerte der Wohnungen in einfacher

Lage angesetzt, was das differenzierte Wohnungsangebot bei einfachen Standards in verschiedenen Wohnungsbauklassen und den verschiedenen Standards (Substandard, saniert, modernisiert, energiesaniert) nicht gerecht wird. Insgesamt gehören 108.300 Wohnungen zur einfachen Lage in Berlin. Dem stehen mehr als 330.000 Bedarfsgemeinschaften an Bedürftigen im SGB II-Bereich gegenüber.

In den Städten werden unterschiedliche Parameter in einfachen und qualifizierten Mietspiegeln erfasst, was in jedem Falle erlaubt, die Mietobergrenzen nach der städtischen Kassenlage anzusetzen. So sind im Berliner Mietspiegel wenig differenzierte Mieten der Sozialwohnungen und wenig Neuvermietungsmieten dafür viele Beispiele frei vermietbaren Wohnraums enthalten. Den Neuvermietungsmieten wird i.d.R. so wenig Stellenwert im Mietspiegel eingeräumt, so dass die Mietspiegel nicht einmal annähernd die tatsächliche Mietentwicklung jeweils abbilden. Die Differenz zwischen Bestands- und Neuvermietungsmieten wird im Berliner Mietspiegel nicht abgebildet. Das trifft auch für die Mieterhöhungen nach Modernisierungen und energetischen Sanierungen zu wie ebenso auf die Baupreisentwicklungen zu. Aktuelle Angebotsmieten wurden dort nicht erhoben. Wohnungen bis 60 m² sind aber in der gesuchten Masse nicht verfügbar. Gesucht von Zuzügen und armen Menschen werden derzeit 250.000 Wohnungen. Ausweichwohnungen für Arme, wie geschütztes Marktsegment oder Notunterkünfte gibt es nicht mehr.

Im Gesetz ist die Mietspiegelregelung zu auslegbar angesetzt. Auch Freiburg ist Zuzugsgebiet. Dort wird alles getan, um bezahlbaren Wohnraum zu zerstören. Siedlungen mit erschwinglichen Mieten werden abgerissen; stattdessen entsteht hochpreisiger Wohnraum. Aus Sozialwohnungen und neugebauten Sozialwohnungen werden die Leute wegen der ständigen Mietsteigerungen vertrieben. Zudem nimmt die Kontrolle öffentlicher Räume zu, innerstädtische grüne Plätze werden wegbetoniert, damit es keine Treffpunkte mehr von Wohnungslosen gibt.

Das führte dazu, dass die Mietobergrenzen in vielen Städten der tatsächlichen Mietentwicklung weit hinterherhinken. Belastbare Leerstandsermittlungen hat es in fast keiner Stadt gegeben. Berlin stützt sich dabei auf abgebaute bzw. abgeschaltete Stromzähler. In vielen Städten herrscht Wohnungsnot (Berlin, Offenbach, Freiburg u.a.). Folge ist, dass viele SGBII und SGB XII-Bedarfsgemeinschaften Mieten haben, die weit über den Mietobergrenzen liegen. In Berlin betrifft dies mehr als 100.000 Bedarfsgemeinschaften - mehr als 70.000 Bedarfsgemeinschaften müssen erhebliche Anteile für die Wohnungsmieten aus der dürftigen Regelleistung zahlen (zwischen 40 bis zu 140 Euro in 2008). In Frankfurt am Main zahlen die Bedürftigen bis zu 120 Euro zur Miete zu. Hier übersteigen vor allem die Heizkosten bis zu zwei Drittel die angemessenen Heizkosten. Viele müssen auf Unterstützung von Freunden und Familien zurückgreifen. Parallel wächst in diesen Städten die Obdachlosigkeit massiv an, weil es nicht ausreichend Notquartiere gibt.

Die Rechtssicherheit der Berliner WAV ist auch deshalb nicht gegeben, weil die Heizkosten pauschal nach dem bundesweiten Heizspiegel festgelegt werden. Demnach werden nicht alle in Berlin gebräuchlichen Wärmeversorgungsanlagen abgebildet.

Für Berlin ist einzuschätzen, dass Alg-II-Berechtigte hauptsächlich in Beständen wohnen, die für sie in Frage kommen. Ihre Wohnungen haben selten Vollstandardmerkmale wie Balkone und die warmen Betriebskosten liegen etwas höher wegen alten Heizanlagen. In der Tendenz zeichnet sich eine Überbelegung von Wohnraum ab (1 Raum = mehr Personen) wie auch in Offenbach. In Offenbach soll es darüber hinaus verdacht auf mafiöse Strukturen geben. Die Stadt Offenbach müsste bei annehmbaren Mietobergrenzen bei aktuellen Preisen etwa 400.000 – 500.000 Euro mehr aufbringen. Gespräche mit SPD und Linkspartei hatten darüber Aufschluss gegeben. Eine Frau mit Kind hat eine Wohnung eingeklagt: MOG + Sicherheitszuschlag; das JC blockiert ständig das Ende des Klageverfahrens.

Die Offenbacher Ini „SGB II-Dialog“ fordert ein schlüssiges Konzept für die Mietobergrenzen in Offenbach und die Verhinderung von Räumungen. Sie fordert eine Förderung anderer Wohnformen und Neubau von Sozialwohnungen. In Berlin fordern AktivistInnen von „stadtvernetzt“ die Übernahme von tatsächlichen Mieten.

In Freiburg gibt es ein Netz für ein Recht auf Stadt. In Berlin gibt es ein neues Netzwerk „stadtvernetzt“, der aus verschiedenen Initiativen der Stadt in den letzten 5 Jahren entstanden ist. Ihm gelang der Stopp der Räumung der schwerbehinderten Seniorin Nuriye Yengiz aus ihrer rollstuhlgerechten Wohnung, die vorläufige Verhinderung der Räumung einer vierköpfigen türkischen Familie in der Lausitzer Straße. Es gelang nicht die Räumung einer Zweier-WG, weil hier die Gerichtsvollzieherin die Polizei holte, die mit einer Hundertschaft anrückte. Es wurden Strafbefehle für DemonstanzInnen und BesetzerInnen erteilt. Nun wird mit Solipartys versucht, das Geld aufzutreiben. Beim letzten Kotti-Camp wurde eine Mitstreiterin vom Staatsschutz verhört; da sie Abgeordnete im Bezirksparlament Friedrichshain-Kreuzberg ist, wurde das Verfahren gegen sie eingestellt. Der Staatsschutz verfolgt hier Aktive, die zu dem Themen „Asyl+Flüchtlinge, Wohnen und Gentrifizierung“ engagiert sind. In Frankfurt gibt es das stark aktionszentrierte, aber mobilisierungsschwache Bündnis „Wem gehört die Stadt?“, welches sich stark auf den eigenen Stadtteil Bockenheim konzentriert. Armut spielt aber dort keine so große Rolle. Weiter gibt es die Ini für bezahlbaren Wohnraum. Sie stellen Forderungen, die kleiner sind als die Veranstaltungen voll. Sie haben eine schwache Mobilisierbarkeit. In Kämpfen gegen Räumungen sind sie aber stark.

Es kann festgestellt werden, dass es in der Bevölkerung zwar brodelt, eine Organisiertheit aber fehlt. Andre Holm stellte neulich Forderungen und Aktionsansätze vor: Wohnungs-, Flur- und Haustürbesetzungen und -blockaden, Hausbesetzungen, Proteste gegen Abriss, Häuser kaufen, (Mietshaussyndikat ansehen), neue Wohngemeinschaften bilden,

Es gibt inzwischen eine Vielzahl von Forderungen:

1. Recht auf Wohnen für alle, keine Notunterkünfte¹, Obdachlosensiedlungen, Wohnraum statt Lager für Flüchtlinge²
2. Mieten runter, Löhne hoch³: steigende Mieten im Bestand und bei Neuvermietung stoppen⁴, Senkung der Kostenmieten im Sozialen Wohnungsbau⁵, bezahlbare Mieten in kommunalen Wohnungen⁶, Stoppt die Buchungstricks bei der Berechnung der Kostenmieten⁷, Wiedereinführung der Mietpreisbindung,
3. Übernahme der tatsächlichen Kosten der Unterkunft für HartzIV und SGB-leistungsberechtigte Mieter⁸, Keine Räumungen, keine Zwangsumzüge⁹
4. Keine energetische Sanierung auf Kosten der Mieter¹⁰, keine Versiegelung von Altbauten als energetische Sanierung zu Lasten der Mieter
5. Recht auf Belegung leerstehender Wohnungen¹¹
6. Eigentumswohnungen, Leerstand und Ferienwohnungen begrenzen¹²

1 Bezahlbarer Wohnraum ist die halbe Miete (Flugblatt), Netzwerk „Recht auf Stadt“, Syndikatsbüro Grethergelände, Adlerstr. 12, Freiburg

2 Berliner Flüchtlingshilfe, Pro Asyl Hamburg, Kein Mensch ist illegal Frankfurt, Kampagne gegen Zwangsumzüge Berlin, Netzwerk „Recht auf Stadt“ Freiburg, und viele andere

3 Bezahlbarer Wohnraum ist die halbe Miete, a.a.O.

4 Die kleine-große Mietenpolitische Fibel. Fakten & Forderungen im Taschenformat. Mieten-Dossier-Gruppe, Berlin 2012. <http://mietendossier.blogspot.de> u. a. Gruppen s. Website.

5 Mietenpolitische Fibel. a.a.O.

6 Mietenpolitische Fibel. a.a.O.

7 Mietenpolitische Fibel. a.a.O.

8 Mietenpolitische Fibel. a.a.O./ Kampagne gegen Zwangsumzüge 2006-2012, .

9 Kampagne gegen Zwangsumzüge 2006-2012

10 Mietenpolitische Fibel. a.a.O.

11 Mietenpolitische Fibel. a.a.O.

12 Mietenpolitische Fibel. a.a.O.

7. Genehmigungspflicht beim Abriss von Gebäuden¹³, Modernisierung statt Abriss ohne Mietsteigerungen
8. Sozialer Wohnungsbau: differenziertes Wohnraumangebot, was auch Sozialmieter erreicht¹⁴, Mindestanteil von bezahlbaren Mietwohnungen mit dauerhafter Sozialbindung auch für zukünftige Generationen, Passivhäuser mit Entlüftungsanlagen,
9. Stopp der Mietwohnungsprivatisierung und die Spekulation mit Mietwohnbeständen, Verlängerung der Bindungsfristen des sozialen Wohnungsbaus,
10. „Stadt für alle“ - Erhaltung und Schaffung von Freiräumen, öffentliche Räume, Plätze und Allmende¹⁵

Papier zum Recht auf Wohnen erneuern (A.A.)

8. Positionen zum Strompreisdebakel

Erwerbslose lassen sich als „Bremsen“ der Energiewende nicht in Haftung nehmen. Denn die Bundesregierung und die Stromkonzerne als Monopole versuchen mit ihrer Politik die Entwicklung der erneuerbaren Energien zu stoppen und zu beenden. Grundsätzlich gibt es ein Recht auf Grundversorgung mit Energie für alle.

Wir fordern:

1. Grundlegende Erhöhung und Umwandlung der Grundsicherung auf ein Existenzgeld (BGE) inkl. Wohnkosten, Krankenversicherung und Rentenversicherung auf 1500 Euro
2. 1000 kwh frei für alle privaten Haushalte als Energiegrundversorgung und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge oder eine Energiegrundsicherung für arme Haushalte ohne Stromsperrern. Für Anschaltkosten für Stromzähler in abgesperrten Haushalten müssen JobCenter aufkommen.
3. Lenkungspolitisch treten wir für eine Energiewende und die Teilhabe aller Haushalte am Strom aus erneuerbaren Energien ein. Dazu ist die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen oder eine Absenkung des Atomstrompreises auf Null als Anreiz zum vorgezogenen Abschalten der Atomkraftwerke unterhalb der angesetzten Strommengen denkbar. Neue Kohleverstromungsvorhaben lehnen wir ab. Die Energieversorgung muss in kommunale Hand zurückgeführt werden. Die Stromnetze müssen in Eigentum der öffentlichen Hand überführt werden.
4. Privat – Publik - Partnership beim Ersatz alter Kühlschränke, Herde, alte Heizgeräte auf Strombasis und Geschirrspüler für arme Menschen zwischen öffentlicher Hand und der Haushaltsgeräteindustrie
5. Ausschluss von Mieterhöhungen nach Energiesanierungen und Evaluation der Pläne und der Energiesanierungen in Altbauten selbst, da diese i.d.R. zu schwarzem Schimmel und Lungenerkrankungen führt. In Passivhäuser müssen Abluftanlagen eingebaut werden.

Vorschläge zu Protestformen:

Stromableser und Stromzählerabmontierer bleiben draußen, Tür blockieren, Leute im Haus gegen Stromsperre mobilisieren,
 Kleine Selbsthilfetrupps aufbauen, die Stromabrechnungen lesen und nachsehen können,
 Unterstützung von Bestrebungen zur Rekommunalisierung der Energie in die öffentliche Hand (in Berlin: Energie-Tisch, Neue Satzung, BürgerInnenentscheid...),

¹³ Mietenpolitische Fibel. a.a.O.

¹⁴ Freiburgs neue Baugebiete – mit eingebauter Verdrängung?, Baugruppe/ BAUVEREIN „Wem gehört die Stadt?“, Adlerstr.12, Freiburg. www.wemgehörtstadt.org

¹⁵ Bezahlbarer Wohnraum ist die halbe Miete

Energieversorgungsunternehmen (EVU) mit ihrer gnadenlosen, unüberschaubaren, teilweise rechtswidrigen Absperrpraxis stärker anprangern und markieren,
Rechtswidrige Handlungen gegen Stromkunden öffentlich machen – Wer schädigt wessen Ruf?
EVU bekommen Besuch – Wir demonstrieren vor ihnen mit unschönen Sprüchen auf den Wink-Elementen, erklären dem EVU die Paragraphen der StromVV, die es immer wieder bricht, wir verzierern die Hauswand damit, wir bringen Ornamente und Dekorationen über das EVU in der gesamten Stadt und Region an,
Öffentliche Kürung des größten Stromräubers der Stadt mit großem Theater auf einem gut besuchten städtischen Platz
Öffentliches Tribunal gegen den größten Stromanbieter im städtischen Ratsaal, wo ganz viele seiner Vergehen und Verbrechen als Theaterstück dargestellt werden,
Schaffung eines Klimas der andauernden Auseinandersetzung mit dem Stromkonzern über alle Parteien und Verbände unter dem Motto "Stromversorgung ist Grundversorgung!".

Flugblatt: Energie für alle, A.A.

9. Internetseite

Untergliederungen sind okay. Login und Barrierefreiheit fehlt noch. Einstellen können sollen alle nach Abstimmung am Runden Tisch ESA.

10. Finanzen

Die Teilabrechnung ist erfolgt. Die Finanzen für das Fahrgeld sind von der Stiftung "Menschenwürde und Arbeitswelt" bei mir eingegangen, ebenso die Gelder für die Internetseite des Runden Tisches. Es sind nur noch 1299,20 Euro abzurechnen. Ein neuer Antrag folgt nach Abrechnung der Gelder von 2012.

Wir danken Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann von der Arbeiterfotografie für den Tagungsraum und die freundliche Bewirtung sowie die Begleitung bei der Ausstellung.

Protokoll: Berlin

PS: Für die Internetseite des Runden Tisches ESA wird folgende Seitenstruktur einrichten:

- Organisation:
 - Termine,
 - Treffen,
 - Einladungen,
 - Protokolle,
- Materialien:
 - Flugblätter,
 - Veranstaltungen
 - Beiträge * Artikel, Meinungsäußerungen zu verschiedenen Themen
- Existenzgeld
 - Bücher
 - Veranstaltungen
 - Beiträge
- Wohnen → Aktuell
 - Zwangsumzüge
 - Gesetz, Richtlinie
 - Rechtsprechung
 - Beratungsstellen
 - Anlaufstellen

→ Rechtsbeistand

→ Tipps * Keiner geht allein zum Amt * Keiner geht allein zum Amtsarzt * Hausbesuche

* Flugblätter

→ Studien

→ Aktionen

→ Beiträge

→ Strom

Wenn Ihr dazu Inhalte zum Einstellen habt, wäre das gut. Insbesondere beim Existenzgeld-Knopf habe ich erst einmal außer den 3 Büchern keinen Plan.